

Magdeburg, August 2006

In den letzten Wochen erlebt der Nichtraucherenschutz in Deutschland einen Aufwind, dessen plötzlicher Rückenwind vor der bereits seit Oktober 2002 gültigen Arbeitsstättenverordnung suspekt erscheint. Daher ist bei allen Maßnahmen zum Nichtraucherenschutz - die endlich ein seit vier Jahren gültiges Gesetz vollziehen sollen - höchste Aufmerksamkeit geboten. Meldungen vom Rückgang des Tabakkonsums in Deutschland allgemein und bei Jugendlichen im besonderen sind kritisch zu bewerten, da die Ergebnisse zum Teil durch andere Fakten kaschiert werden. Das tatsächliche Suchtpotenzial des Tabakmissbrauchs wird dadurch weiterhin beschönigt. Zusätzliche Ankündigungen - wie das Rauchverbot in Gaststätten - werden sich höchstwahrscheinlich im föderalen Gestrüpp endlos verheddern, besonders dann, wenn der Verband der Cigarettenindustrie zu seiner bereits angekündigten Herbstoffensive durchstartet. Hier klare Grenzlinien zu ziehen war der Hintergrund für meinen Einspruch von Fördergeldern durch Philip Morris an die Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt im November 2004. Hiermit möchte ich den derzeitigen Stand mitteilen, denn die Grenzen zwischen Lobbyismus und Unabhängigkeit handelt eine Gesellschaft jeden Tag neu aus. Beamtete Professoren - soweit Sie nicht selbst von Firmen bzw. Institutionen mit Aufträgen und Mandaten versehen werden - sind potenziell verpflichtet diese Stimme der Unabhängigkeit wahrzunehmen.

Die greenkids wurden von Herrn Prof. Dr. Thomas Hartmann gebeten, die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt im Rahmen des Projekts „Gesundheits“koffer mit dem Zigarettenkonzern Philip Morris nach dem Offenen Brief vom November 2004 zu veröffentlichen.

Dem kommen wir hiermit gerne nach:

Betrifft: Zusammenarbeit LVG-LSA mit Philip Morris

An die Mitglieder der greenkids,

anlässlich unserer gemeinsam geplanten und an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) durchgeführten Fachtagung vom 16.10.2004 „Umwelt-Tabak-Gesundheit“ - die sie mittlerweile mit der gleichnamigen Informationsbroschüre dokumentiert haben - ist die Zusammenarbeit der öffentlich geförderten Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt

(LVG) mit dem Zigarettenkonzern Philip Morris, im Rahmen des Projekts „Gesundheits“koffer, einer größeren Fachöffentlichkeit bekannt geworden. Dieser Kreis wurde meinerseits durch einen Offenen Brief vom 3.11.2004 an den Vorsitzenden und die Gremien der LVG-LSA erweitert. Auf meinen Offenen Brief, der unter anderem die Aufforderung einer sofortigen Beendigung dieser Zusammenarbeit enthielt, habe ich am 9. Februar 2005 eine Antwort vom Vorsitzenden der Landesvereinigung - Herrn Prof. Dr. Andreas Geiger - erhalten: „ **unter Abwägung aller Gegebenheiten wird die LVG diese Kooperation, dass schließt die Entgegennahme von Spenden ein, nicht fortsetzen.**

Des weiteren wurde im Brief vom 9.2.2005 ausgeführt (ein Auszug):

„Zur Klarstellung des Sachverhaltes bitte ich Sie allerdings folgendes zur Kenntnis zu nehmen: Es gab und gibt keine Vereinbarung zwischen der LVG und der Firma Philip Morris, die eine Darstellung des Unternehmens fordert bzw. festlegt. Projektgelder wurden als Spenden für satzungsgemäße LVG-Aufgaben ohne Gegenleistung zur Verfügung gestellt. In der inhaltlichen Projektgestaltung war die LVG jederzeit frei und unabhängig. Die Firma hat keinen Einfluss genommen. Es bestand zwischen den Partnern Einigkeit, dass es keinerlei Werbung in Schulen bzw. auf den von uns entwickelten Medien gibt. Allerdings hat die LVG gerade im Sinne von Transparenz und Offenheit die Kooperation nie verschwiegen. Ich kann Sie darüber hinaus beruhigen, dass die „Tabaklobbyisten“ am Parlamentarischen Abend in keiner Weise Lobbyarbeit gegen die Verfolgung der Gesundheitsziele betrieben haben.

Der Vorstand hat sich, wie vor Jahren, als er sich im Nachgang zu der Jakarta-Konferenz für eine verstärkte Kooperation mit neuen Partnern aussprach, seine Entscheidung nicht leicht gemacht. Es hat in diesem Kontext auch eine Verständigung mit dem Bundesgesundheitsministerium und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gegeben, die die im persönlichen Gespräch mit dem Unterzeichner von Ihnen gemachten Andeutungen nicht bestätigen konnten, aber die Problematik der Kooperation in ihren Facetten noch einmal gründlich beleuchteten.

Grundsätzlich heißt dies, dass angesichts der permanenten Einforderung gesellschaftlicher Verantwortung alle Akteure, insbesondere auch der Wirtschaft, keinem mit einer Diskussion gedient ist, die Ausgrenzung fordert und fördert und durch unsensiblen Umgang – mit einer zugegebenermaßen nicht einfachen Materie – die Übernahme von Verantwortung verhindert. Darüber sollten wir weiter nachdenken und vorurteilsfrei einen rationalen Diskurs führen.“

Dazu muss an dieser Stelle gesagt werden, dass die Formulierung „**nicht fortsetzen**“ lediglich bedeutet, dass das nach gut zwei Jahren kurz vor dem Förderende befindliche Projekt „Gesundheits“koffer in Zusammenarbeit mit Philip Morris ganz regulär bis Juni 2005 zu Ende geführt wurde (siehe: [<http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/>]). Über den Einsatz und den Verbleib der Gelder der Zigarettenindustrie - insbesondere der Begleitforschung - wurden keine Aussagen gemacht.

Unterstützung oder auch Kritik für meine fachliche Position vom 3.11.2004 habe ich in diesem Zusammenhang von keiner anderen Person oder Organisation, wie z. B. den Krankenkassen, erhalten, die Mitglied der Landesvereinigung bzw. in ihrem Beirat sind, noch

von Personen, die sich in Sachsen-Anhalt für die Tabakprävention auf Landesebene einsetzen. Einzige Ausnahme ist die **Stellungnahme des Vorstands der Landesstelle für Suchtfragen Sachsen-Anhalt vom 15.12.2004** durch Frau Meeßen-Hühne (ein Auszug):

„Der Vorstand der Landesstelle sieht in dieser Darstellung die Aktivitäten zu den Gesundheitszielen für Sachsen-Anhalt, zu denen auch die Senkung des Anteils an Rauchern und der alkoholbedingten Gesundheitsschäden auf Bundesdurchschnitt gehört, ideell negativ beeinflusst. Durch die hier zum Ausdruck kommende Kooperation der LVG mit der Philip Morris GmbH sieht der Vorstand der Landesstelle einerseits die Glaubwürdigkeit von Tabakprävention gemindert und andererseits eine Atmosphäre begünstigt, die wohlwollende Zugeständnisse an die Zigarettenindustrie geradezu provoziert. Beides entspricht den wirtschaftlichen Interessen der Suchtmittelindustrie, den gesundheitspolitischen Zielen der Suchtkrankenhilfe widerspricht es.

Nach Auffassung des Vorstandes der Landesstelle hat die LVG, der das taktische Management der Gesundheitsziele in Sachsen-Anhalt obliegt, mit der Abbildung des Philip Morris Logos auf der genannten Einladung gerade dem Gesundheitsziel der „Senkung des Anteils an Rauchern“ einen schlechten Dienst erwiesen, indem sie durch die Einbindung der Zigarettenindustrie in die Gesundheitszielinitiative des Landes zu deren Imageförderung zumindest in Sachsen-Anhalt beigetragen hat.“

Ich hatte ursprünglich davon abgesehen, die im Brief vom 9. Februar 2005 geäußerten Positionen der Landesvereinigung für Gesundheit an dieser Stelle zu veröffentlichen, da sie mir im Angesicht der Haltung aller anderen unabhängigen Fachverbände in Deutschland in dieser Frage als vollkommen irrelevant erscheinen. Darüber hinaus ist es eine Verdrehung der WHO-Beschlüsse (Jarkarta-Konferenz), wenn die Beschlüsse als Begründung für eine Zusammenarbeit mit der Zigarettenindustrie zitiert werden und eine vollkommene Verkennung der internationalen Entwicklungen und Standards. Die WHO in Genf geht bereits so weit, dass die Behörde kein Personal mehr einstellt, das tabakabhängig ist. Dazu folgende **Stellungnahme von Frau Dr. Pötschke-Langer, des WHO-Kollaborationszentrums für Tabakkontrolle im Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg vom 22.11.2004:**

Sehr geehrter Herr Professor Geiger,

Heidelberg 22.11.2004

mit Entsetzen habe ich von der Annahme von Philip Morris Geldern für Aktivitäten der Landesvereinigung für Gesundheit des Landes Sachsen-Anhalt erfahren.

Als Leiterin des WHO-Kollaborationszentrums für Tabakkontrolle im Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg muss ich Sie darauf hinweisen, dass die Landesvereinigung dadurch gegen den Grundsatz der Weltgesundheitsorganisation verstößt, welche nachdrücklich auffordert, keine Gelder von der Tabakindustrie anzunehmen und auch keine Veranstaltungen mit dieser durchzuführen. Die WHO hat gerade einen praktischen Kodex für Organisationen von Gesundheitsberufen herausgegeben, welcher dringend vor einer Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie warnt.

Diesen Kodex sende ich Ihnen zu.

Ferner hat das amerikanische Justizministerium Philip Morris und andere Tabakkonzerne in einer 2.500 Seiten umfassenden Beweisaufnahmeschrift angeklagt, die Öffentlichkeit seit 50 Jahren über die Gesundheitsgefährdung ihrer Produkte zu täuschen und insbesondere einen Kinder- und Jugendmarkt entwickelt zu haben.

Um Ihnen die Dimension der Schädigung der öffentlichen Gesundheit durch Philip Morris nahe zu bringen, sende ich Ihnen die Belege auf einer CD-Rom und meinen Artikel über den Prozess in den USA zu, den ich im Deutschen Ärzteblatt gerade publiziert habe. Alle Anklagepunkte des amerikanischen Justizministeriums gegen Philip Morris gelten gleichfalls für die Tochtergesellschaft in Deutschland, von der die Landesvereinigung Gelder annimmt.

Auch hat Philip Morris über viele Jahre ein Institut heimlich geführt, indem Geheimforschungen über die Wirkungen von Passivrauch durchgeführt wurden, deren Ergebnisse jedoch nie an die Öffentlichkeit weitergegeben wurden. Diese Ergebnisse waren offensichtlich so erschütternd und belegen die gravierenden Gesundheitsschäden durch Passivrauch, sodass dies zu einer Schädigung des Ansehens von Philip Morris beigetragen hätte. Die Abgründe dieser Firmenpolitik wurden gerade im renommierten Wissenschaftsjournal „Lancet“ publiziert, den Artikel hierzu sende ich Ihnen ebenso.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kann sich keine Gesundheitsorganisation oder Institution erlauben, mit einer Industrie zu paktieren, welche ein Produkt herstellt, das bei bestimmungsgemäßen Gebrauch süchtig und krank macht und einen Großteil seiner Konsumenten tötet. Ich appelliere daher nachdrücklich an den Vorstand der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt, die vertraglichen Bindungen mit der Tabakindustrie zu beenden, und bitte Sie, meinen Brief an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. Martina Pötschke-Langer

Ein Jahr später, am 17.10.2005 bin ich von der Landesvereinigung für Gesundheit gebeten worden, den Offenen Brief vom 3.11.2004 im Nachklang der Fachtagung „Umwelt-Tabak-Gesundheit“ von der Internetpräsenz [<http://www.alles-ueber-tabak.de>] zu entfernen. Das Bemühen der greenkids um Tabakprävention als „Peers“ und die Darstellung darüber auf der Internetpräsenz wurden mit öffentlichen Geldern gefördert und ist in ausschließlicher Verantwortung der greenkids. Ich habe deshalb die vorliegende Form gewählt, um den aus meiner Sicht derzeitigen Sachstand zu dokumentieren.

Kurze Zeit später, am 5.12.2005, veröffentlicht das Magazin der Spiegel in der Ausgabe 49 erstmals einer breiteren Öffentlichkeit Auszüge aus den in den USA frei zugänglichen Dokumenten der Tabakindustrie auch über deutsche Wissenschaftler, hier ein Auszug:

Die Kooperation von Medizinern mit „Big Tobacco“ war lange effektiv. Mit „ungeheurem Erfolg“ habe es die Tabakindustrie über Jahrzehnte geschafft, renommierte deutsche Wissenschaftler in großer Zahl zu finden, die in ihren Veröffentlichungen die Beweise für die tödlichen Auswirkungen des Qualmens „manipulieren und verdrehen“, lautet das Resümee der Grüning-Studie.

Mindestens 80 zumeist hochrangige Klinikprofessoren hätten sich „im Würgegriff der Tabakindustrie“ befunden, weil sie Forschungsgelder annahmen. Denn fast immer waren die Zuschüsse an Vorgaben geknüpft, die die Auftraggeber bestimmten – ein Lehrstück für gekaufte Wissenschaft. Internisten, Toxikologen oder Pneumologen, die sich im Hauptberuf um die Heilung von Raucherkrankheiten bemühten, wurden quasi im Nebenjob Teil der Geschäftsstrategie der Zigarettenkonzerne.

Entsprechend der Entscheidung der greenkids, halte ich die Dokumentation der Vorgänge weiterhin für geboten, da einerseits - insbesondere im Bundesland Sachsen-Anhalt - aber auch auf Bundesebene - die Tabakprävention im Vollzug ein Stiefkind der Gesundheitspolitik darstellt, andererseits offensichtlich die Diskussion um die Zusammenarbeit von Gesundheitsorganisationen und Suchtmittelindustrie längst noch nicht beendet ist, wie ein jüngstes Beispiel aus Sachsen-Anhalt zeigt, wo das Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt unter dem Motto: „Bier - Genuss, Gesundheit, Verantwortung“ mit der Sozietät Norddeutscher Brauereiverbände eine Werbeveranstaltung für die gesundheitsförderliche Wirkung des Bierkonsums veranstaltet hat.

Darüber hinaus stellt sich das Sponsoring der Tabakindustrie mittlerweile in einem vollkommen anderen Licht dar, weil die Dokumente über den Jahrzehnte langen Einfluss auf die deutschen Mediziner und Gesundheitswissenschaftler allgemein zugänglich sind und jetzt die Geldflüsse für den Meinungskauf offen liegen. Dies aufzubereiten wird noch viel Mühe kosten, nur Information und Transparenz können dazu beitragen.

Prof. Dr. Thomas Hartmann